

# Die Gründung der DDR und die Diktatur des SED-Regimes

Seite 80 - 83

„Während die Entwicklung in Westdeutschland und West-Berlin somit auf die Verwirklichung einer freiheitlichen parlamentarisch – demokratischen Grundordnung mit einem föderativen Staatsaufbau hinauslief, schlugen die Machthaber in Ostdeutschland schon früh einen anderen Weg ein. Bereits zwischen 1945 und 1949 wurde die Gesellschaft nach dem Vorbild der Sowjetunion umgestaltet. Es kam zum Zusammenschluß von Parteien, zu einer Zentralisierung der Verwaltung, zur Kollektivierung von Grund und Boden sowie zur Enteignung von Banken und Schlüsselindustrien. Die politische Führung wurde nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ organisiert. Die Entstehung einer pluralistischen Demokratie war damit schon früh ausgeschlossen, auch wenn die Verfassung, die für die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) ausgearbeitet und von der provisorischen Volkskammer der DDR am 7. Oktober 1949 in Kraft gesetzt wurde, durchaus Elemente einer formalen Demokratie aufwies.

Hinweise auf die Staatsgewalt, die „vom Volke“ ausgehe, oder auf die Abgeordneten der Volkskammer, die „ausschließlich ihrem Gewissen“ verantwortlich seien, wollten jedoch nicht viel besagen in einem politischen System, in dem die kommunistische Partei, die sich hier als „SED“ bezeichnete, den einzigen wirklichen Machtfaktor darstellte und in dem alle gesellschaftlichen Organisationen den totalitären Staatszielen untergeordnet waren. In einem Regime, in dem die Opposition systematisch unterdrückt wurde, in dem Presse- und Versammlungsfreiheit nicht existieren und in dem eine Wahlmöglichkeit für die Wähler de facto nicht bestand, dienten Wahlen allein der Bestätigung der diktatorischen Herrschaft der SED. Zwar gab es in der Volkskammer auch Abgeordnete christlicher und liberaler Parteien, die den „Demokratischen Block“ bildeten. Die „Blockparteien“ waren aber in Wirklichkeit kaum mehr als Erfüllungshilfen der dominierenden Einheitspartei. Wie sehr das politische System der DDR eine Scheindemokratie war, zeigt nicht zuletzt das Beispiel des Parlaments. Nach den Bestimmungen der Verfassung von 1949 war die Volkskammer das höchste Organ der Republik. Doch in der Verfassungswirklichkeit war eine Kontrolle der Regierung durch das Parlament schon deshalb nicht möglich, weil es weder innerhalb noch außerhalb des Parlaments eine Opposition gab, keine Machtbefugnisse und auch keine polarisierenden Debatten, so dass die Volkskammer, wie der oberste Sowjet in der kommunistischen Sowjetunion, nicht mehr als eine Statistenrolle spielte. Die eigentlichen Entscheidungsträger in der DDR waren vielmehr das Zentralkomitee der SED sowie deren Politbüro und dessen Erster Sekretär, der bis 1971 Walter Ulbricht und danach Erich Honecker hieß. Hier fielen alle wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen; und von hier aus wurden auch die Presse und der Justizapparat gelenkt. Eine Teilung der Gewalten (Staat+Gericht) die seit Montesquieu zu den fundamentalen Voraussetzungen freiheitlicher politischer Ordnungen zählt, gab es in der DDR nicht. Förderative Elemente, die in der Bundesrepublik eine so große Rolle spielten, waren im zentralistischen Herrschaftssystem der DDR ebenfalls nicht vorgesehen.

Die Länder, die es zunächst noch gab, wurden in den fünfziger Jahren aufgelöst und durch eine Bezirksstruktur ersetzt, in denen es nicht wie in der Bundesrepublik unabhängige regionale Volksvertretungen, sondern ein durch die SED bestimmtes Verwaltungssystem gab, das die zentral getroffenen Entscheidungen nach unten durchstellte. Hoffnungen auf eine mögliche Liberalisierung des Regimes wurden durch die blutige Niederschlagung am 17. Juni 1953 und den Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 zunichte gemacht. Die Volkserhebung in der DDR 1953 war das Ergebnis einer tiefen ökonomischen und politischen Krise, in der das SED-Regime letztlich nur mit sowjetischer Hilfe und durch den Einsatz sowjetischer Panzer überleben konnte. Bei der Erhebung handelte es sich um Demonstrationen, Streiks und öffentliche Unruhen, die nicht nur am 17. Juni selbst, sondern im Wesentlichen in der Zeit vom 15. bis 21. Juni 1953 in über 700 Städten und Gemeinden der DDR stattfanden. Die sowjetische Militäradministration (SMAD) verhängte am 17. bzw. 18. Juni über 167 der 217 Land- und Stadtkreise den Ausnahmezustand, der am längsten in Berlin, Halle, Magdeburg und Leipzig – bis zum 11. Juli 1953 – aufrechterhalten wurde. Schätzungen zu Folge waren über eine Million Menschen an den Unruhen beteiligt. Genaue Angaben über die Zahl der Opfer liegen nicht vor. Sicher ist, dass die sowj. Besatzungsmacht für 18 standrechtliche Erschießungen verantwortlich zeichnete. Wie viele Frauen und Männer darüber hinaus beim Einsatz der Kasernierten Volkspolizei, der Einheiten des Ministeriums für Staatssicherheit und der sowjetischen Truppen

ums Leben kamen, ist nicht bekannt!“.

„Als tragisch ist zudem wohl die Tatsache zu bewerten, dass ausgerechnet der „Neue Kurs“, den die nach Stalins Tod im März 1953 an die Macht gekommene sowjetische Führung der DDR verordnet hatte und der in vielen Punkten eine Lockerung der bisherigen starren Linie versprach, am Ende dazu führte, dass es zur Volkserhebung und ihrer gewaltsamen Niederschlagung kam. Die Paralisierung der Machthaber und des Machtapparates der SED durch die sowjetischen Direktiven, die DDR-Spitze unter Walter Ulbricht, Otto Grotewohl und Fred Oelßner bei ihrem Besuch in Moskau vom 2.bis 4.Juni 1953 übermittelt worden waren und vom Politbüro der SED am 9.Juni 1953 in einem Kommuniqué weisungsgemäß umgesetzt wurden, ermutigte die Menschen in der DDR, politische Forderungen zu stellen, denen die Regierungen in Ost-Berlin und Moskau schließlich nur mit militärischen Mitteln zu begegnen wussten, um wenigstens das Überleben der SED-Regimes zu sichern. Die Hoffnung der DDR-Bürger auf mehr Rechtssicherheit und mehr Freizügigkeit, demokratische Verhältnisse, die Überprüfung von Gesinnungs- und Terrorurteilen, bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse und vielleicht sogar auf Wiedervereinigung wurde damit genau in dem Moment enttäuscht, als das Regime die Zügel zu lockern schien. Gerade weil die Existenz der SED-Herrschaft durch die Lockerung aufs Spiel gesetzt wurde, sahen sich die Machthaber in Moskau und Ost-Berlin gezwungen, das Experiment der Liberalisierung abzubrechen. Es grenzt daher an Ironie, dass der 17.Juni 1953 als „Tag der deutschen Einheit“ zum gesetzlichen Feiertag (jetzt 3.Okt) erklärt und als solcher bis 1990 begangen wurde. Denn in Wirklichkeit wurden am 17.Juni 1953 alle Bemühungen um eine Verbesserung der Verhältnisse in der DDR und vielleicht sogar die Perspektive einer mit dem Einverständnis der nach-stalinistischen Sowjetunion zu erreichenden Wiedervereinigung zu Grabe getragen. Die Diktatur in der DDR wurde durch den 17.Juni zwar vorübergehend erschüttert, letztlich aber mit sowj. Schützenhilfe gefestigt. Manche Historiker sprechen deshalb sogar von einer „inneren Staatsgründung“ der DDR als Folge der Erhebung.

Tatsächlich lässt sich Ähnliches auch für den Bau der Berliner Mauer am 13.August 1961 sagen. Hier ging es zwar nicht um die Unterdrückung eines spontanen, systemgefährdenden Aufstandes. Aber die anhaltende, praktisch seit Kriegsende andauernde Abwanderung von Menschen aus Ostdeutschland führte ebenfalls zu Problemen, die von der Führung in Ost-Berlin letztlich nicht zu tolerieren waren, wenn sie nicht die Existenz der DDR aufs Spiel setzen wollte. Die DDR hatte zwar im Sommer 1952 nach Unterzeichnung des Deutschlandvertrages und des Vertrages über die Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten die innerdeutsche Grenze abgeriegelt. West-Berlin ( mit offenen Grenzen nach Ost-Berlin und gegenüber der umliegenden DDR) blieb ein Schlupfloch, durch das alle diejenigen, die der DDR den Rücken kehren wollten, ihren Staat weiterhin ohne größere Gefahr für Leib und Leben verlassen konnten. Nicht weniger als zwei Millionen DDR-Bewohner machten von dieser Gelegenheit zwischen 1953 und 1960 Gebrauch. Es war ein Aderlass, der langfristig zum Zusammenbruch der DDR führen musste, so dass die SED-Führung bereits seit Anfang 1953 immer wieder forderte, Kontrollen oder die Grenzen ganz zu schließen“ .....

Demokratie und Freiheit standen bis zum Ende der DDR 1989/90 nur auf dem Papier.

**Quelle und Autor: Titel** „Orte der Demokratie“ von Manfred Görtemaker in Zusammenarbeit mit Michael Bienert und Marko Leps, Bonn 2004, 349 Seiten  
be.bra verlag GmbH Berlin 2004 ISBN 978-3-89331-573-X und bpb.de Schriftenreihe Band 461

<http://www.bpb.de>

Zusammengestellt zum Zweck der Aufarbeitung von DDR-Themen und politischer Bildung an SED-Opfer von [sed-opfer-hilfe.de](http://sed-opfer-hilfe.de) Auszug aus Seite 80-83